

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

30. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz am 30. August 2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages	2
II. Schwerpunkte der Jahrestagung	2
III. Eröffnung der Jahrestagung.....	2
IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“.....	3
V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft“	4
VI. Generaldebatte: „Neubeginn nach der COVID-19-Pandemie“	5
VII. Dritter Sitzungsabschnitt: „Klimawandel und Artenvielfalt“.....	6
VIII. Feierstunde anlässlich des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz	8
IX. Abschluss der Jahrestagung.....	9
IX. Verabschiedete Entschließung	10

I. Teilnehmende der Delegation des Deutschen Bundestages

Die 30. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand am 30. August 2021 bereits das zweite Mal pandemiebedingt virtuell statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Johannes Schraps** (SPD), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Peter Stein (Rostock)** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter,

Abgeordnete **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Enrico Komning** (AfD).

II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Die Jahrestagung der BSPC stand unter dem Motto „Nachhaltige Demokratie – Wie stellt man sich einer Welt im Wandel?“. An der Konferenz nahmen Abgeordnete aus 22 nationalen und regionalen Parlamenten des Ostseeraums teil. Sie diskutierten die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen nach der COVID-19-Pandemie, die Rolle einer friedlichen und verlässlichen Nachbarschaft, Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft sowie Klimawandel und Sicherung der biologischen Vielfalt für künftige Generationen.

Am 26. August 2021 tagte ebenfalls virtuell der Redaktionsausschuss der Konferenz. Der Bundestag ist in diesem Gremium durch seinen Delegationsleiter Abgeordneten **Johannes Schraps** vertreten. Der Ausschuss beriet über die 49 eingereichten Änderungs- und Ergänzungsanträge, die zu dem vom Ständigen Ausschuss erarbeiteten Entschließungsentwurf eingegangen waren. Alle 19 von der Bundestagsdelegation eingebrachten Vorschläge zu den Themen Klimawandel und Munitionsaltlasten in der Ostsee wurden übernommen.

Auseinandersetzungen gab es im Redaktionsausschuss mit russischen Abgeordneten insbesondere zu einem vom Landtag Schleswig-Holstein eingebrachten Änderungsantrag, der die BSPC auffordert, ihren Einfluss auf das Regime in Belarus geltend zu machen, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie im Land zu verankern. Durch einen Vorschlag des Abgeordneten **Johannes Schraps** konnte schließlich eine Kompromissformulierung gefunden werden, so dass die Konferenz die Entschließung einstimmig am 30. August 2021 annahm.

Auch auf der Konferenz selbst wurde das Regime in Belarus und dessen Vorgehen gegen Menschenrechtsaktivisten von Rednern mehrfach angesprochen, was von russischen Abgeordneten wiederholt als Einmischung in innere belarussische Angelegenheiten kritisiert wurde.

Abgeordneter **Peter Stein**, der sich als Berichterstatter der BSPC intensiv mit dem Thema Munitionsaltlasten in der Ostsee auseinandergesetzt hat, stellte auf der Jahrestagung seinen Abschlussbericht vor. In diesem schlägt er ein Mehrstufenkonzept für das internationale Vorgehen bei der Bergung der Altlasten vor, bei dem die Region weltweit Maßstäbe setzen könne.

Die schwedische Präsidentschaft der BSPC wird bis zur nächsten Jahrestagung im Juni 2022 fortgesetzt. Der schwedische BSPC-Präsident, Abgeordneter **Pyry Niemi**, wird bis dahin vom Abgeordneten **Johannes Schraps** als Vize-Präsident unterstützt. Ab der kommenden Jahrestagung übernimmt der Deutsche Bundestag die einjährige Präsidentschaft der BSPC, die mit der Jahrestagung vom 26. bis 28. August 2023 unter Gastgeberschaft des Deutschen Bundestages endet.

III. Eröffnung der Jahrestagung

Die Konferenz wurde vom Präsidenten des schwedischen Riksdag, **Dr. Andreas Norlén**, eröffnet. Die letzten 30 Jahre hätten eine neue geopolitische Landschaft geprägt, so seien die baltischen Staaten Mitglieder der Europäischen Union geworden, und es habe sich insgesamt viel verändert. Die gegenwärtige Pandemie habe die Notwendigkeit der parlamentarischen Zusammenarbeit unterstrichen, wobei die BSPC eine Vorreiterrolle hinsichtlich der Umstellung auf digitale Kommunikation übernommen habe. Parlamentarische Zusammenarbeit und Demokratie seien eng miteinander verknüpft, da Schweden das hundertjährige Bestehen seiner eigenen Demokratie feiere. Durch ein besseres Verständnis der Geschichte könnten die Beteiligung und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verbessert werden, sollten aber nie als selbstverständlich angesehen werden. Er betonte den Wert der generationenübergreifenden Zusammenarbeit als Wegbereiter für die Zukunft.

Die schwedische Außenministerin **Ann Linde** wies darauf hin, dass demokratische Institutionen und parlamentarische Zusammenarbeit in Zeiten, in denen Demokratien und Menschenrechte ins Hintertreffen gerieten, von entscheidender Bedeutung seien. Dies gelte erst Recht hinsichtlich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit seien zentrale Ziele Schwedens. Die schwedische Initiative „Drive for Democracy“ habe der Aushöhlung der Demokratie ein Gegengewicht gegeben und hervorgehoben, wie Demokratie die Menschen schütze und ihnen eine Stimme bei der Entwicklung ihres Landes gebe. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung seien von grundlegender Bedeutung und müssten auf allen Ebenen verteidigt werden, gerade bei Menschenrechtsaktivisten. Auch die Umweltveränderungen erforderten eine internationale Zusammenarbeit, wie der aktualisierte Aktionsplan für die Ostsee.

Der schwedische BSPC-Präsident **Pyry Niemi** wies darauf hin, dass trotz der COVID-19-Pandemie die BSPC ihre Zusammenarbeit auf digitalem Wege und ohne Unterbrechungen habe fortsetzen können. Er hob die demokratischen Institutionen, die solide grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Eckpfeiler der BSPC hervor. Der Präsident skizzierte einige der Veranstaltungen der BSPC im vergangenen Jahr, wie zum Beispiel zwei online abgehaltene Seminare zu wichtigen Themen. Zu den Diskussionspunkten der Parlamentarier gehörten die Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft; die COVID-19-Pandemie mit besonderem Augenmerk auf die Situation und die Fortschritte bei der Impfung, aber auch die Auswirkungen der Krankheit auf die Beschäftigung junger Menschen; demografische Veränderungen, Arbeitskräftemangel und eine alternde Bevölkerung. Klimawandel und biologische Vielfalt hätten ebenfalls einen großen Teil der Aufgaben in Anspruch genommen, vor allem durch die zu diesem Thema eingerichtete BSPC-Arbeitsgruppe. Ein weiterer wichtiger Pfeiler der BSPC, so der Präsident, sei die Zusammenarbeit – nicht nur untereinander, sondern zunehmend auch mit anderen parlamentarischen Organisationen wie der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeereswirtschaftskooperation und der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum. Darüber hinaus sei die Einbeziehung junger Menschen in die Entscheidungsfindung ein weiteres Hauptanliegen, was zu dem am 28. August abgehaltenen Ostsee-Jugendforum geführt habe. Die grenz-, organisations- und generationsübergreifende Zusammenarbeit in einer familiären und freundschaftlichen Atmosphäre sei Grundlage für den Erfolg der BSPC.

IV. Erster Sitzungsabschnitt: „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

BSPC-Vizepräsident **Johannes Schraps** leitete den ersten Sitzungsabschnitt, der sich traditionell mit der Zusammenarbeit im Ostseeraum befasste. Friedliche und verlässliche Nachbarschaft sowie eine intensive Zusammenarbeit, die auf umfassender Beteiligung und Vertrauen in das demokratische System aufbaue, seien die Ziele der BSPC. Dass die Nachbarländer diese Werte teilten, sei für die Zusammenarbeit unerlässlich.

Die norwegische Außenministerin **Ine Eriksen Søreide** unterstrich die große Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie sehe in solchen Konferenzen die Möglichkeit, den Puls der Zusammenarbeit zu messen. Man lebe in einer Zeit großer Veränderungen und Herausforderungen, in der sich die globalen Verwerfungen und Rivalitäten verschärften, was durch die COVID-19-Pandemie zusätzlich erschwert werde. Die Klimakrise werde neue und anhaltende Herausforderungen im Bereich der Migration mit sich bringen. Eine grüne Agenda – wie der Europäische Green Deal – müsse eher als Chance für Wachstum und Fortschritt denn als Belastung gesehen werden. Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssten Eckpfeiler aller Aktivitäten sein. Die Ministerin hob außerdem die regionale Identität, das Gespräch zwischen den Generationen und den Kampf gegen den Menschenhandel hervor. Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion zeichne sich durch ihren Fokus auf praktische Ansätze aus. Im Hinblick auf Belarus seien die Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten und die zunehmenden Spannungen zwischen den Nachbarstaaten sehr besorgniserregend. Sie forderte Belarus auf, zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Werten der Demokratie zurückzukehren. Schließlich betonte sie die Notwendigkeit, junge Menschen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wie z.B. durch das Ostsee-Jugendforum oder das norwegische Jugendpanel.

Der deutsche Staatsminister für Europa **Michael Roth** unterstrich den Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft zu stärken. Er hob drei Themen hervor, die für die Zusammenarbeit im Ostseeraum von großer Bedeutung seien: Die allgemeinen europäischen Werte, der Schutz des Klimas und der Umwelt sowie die Jugend. In Bezug auf den Umweltzustand der Ostsee wies der Staatsminister darauf hin, dass die im Meer versenkte Munition eine besondere Gefahr darstelle, aber auch die Chance biete,

dass die Ostseeregion eine Vorreiterrolle bei der Säuberung des Meeres einnehmen könne. In all diesen Bereichen sei die BSPC ein wichtiger Partner.

V. Zweiter Sitzungsabschnitt: „Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft“

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde durch die schwedische Abgeordnete **Pernilla Stålhammar** eröffnet. Sie machte darauf aufmerksam, dass Demokratie mehr bedeute als freie Wahlen: freie Meinungsäußerung und eine lebendige politische Opposition gehörten ebenfalls dazu. Die Digitalisierung habe die Verbreitung von Informationen einfacher und schneller gemacht. Sie ermögliche eine bessere Zusammenarbeit und vereinfache den Zugang zu Informationen, aber erhöhe auch das Risiko für gefälschte Nachrichten und Desinformation, die die Demokratie untergraben würden. Insgesamt sei es für Menschen schwierig zu unterscheiden, was wahr oder falsch sei.

Margareta Cederfelt, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV), hob die Entwicklung von Medieninformationen in den letzten 20 Jahren hervor. Heute könne Jeder jenseits jeglicher administrativer Kontrolle Videos und Informationen verbreiten. Sie bezeichnete dies als eine Bedrohung für die Demokratie. Präsidentin Cederfelt erklärte anhand der Wahlbeobachtungen der OSZE, wie traditionelle Medien, aber auch neue Medien, die Demokratie beeinflussten. Obwohl gefälschte Nachrichten schon immer für Propaganda genutzt worden seien, böten die neuen Medien ein Werkzeug, das breiten und persönlicheren Dialog ohne Kontrolle ermögliche. Außerdem sprach sie das Thema Belarus an, wo das Internet sowohl der Opposition als auch der breiten Bevölkerung geholfen habe. Insgesamt sei eine größere Medienkompetenz notwendig, damit die Menschen besser zwischen echten und gefälschten Nachrichten unterscheiden könnten. Sie forderte Standards für die Berichterstattung sowohl für die traditionellen als auch die neuen Medien, um so Meinungs- und Medienfreiheit zu sichern.

Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Weizenbaum Institut Berlin, sprach über den Zusammenhang von Digitalisierung und Demokratie sowie über aktuelle Tendenzen zur Regulierung von Plattformen. Die Digitalisierung werde in der Regel als Treiber des demokratischen Wandels angesehen, da sie die Ursache für den Niedergang der Massenmedien, den Anstieg von Hassreden und gefälschter Nachrichten sei. Der demokratische Wandel betreffe alternde Institutionen – mit abnehmendem Vertrauen in zum Beispiel politische Parteien oder Wahlen –, aber auch expandierende und neue Institutionen. Dies zeige sich darin, dass die Menschen sich auf neue Art und Weise beteiligen wollten, etwa durch Bewegungen wie „Fridays for Future“, und dass sich die politische Beteiligung eher an Themen als an langfristigen Strukturen orientiere. Eine weitere grundlegende Veränderung sei die wachsende Bedeutung der digitalen Medien. Sie böten die Möglichkeit, interaktiv Kritik oder Zustimmung zu Regierungshandlungen zu äußern und seien deshalb effizienter als Wahlen. Ein neues Phänomen seien sogenannte Plattform-Parteien, die neue, experimentelle Organisationsstrukturen ohne hierarchische Strukturen böten. Die digitale Entwicklung treibe den demokratischen Wandel voran. Es bedürfe neuer Regeln zur Regulierung des digitalen Raums. Das neue deutsche Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken sowie das EU-Gesetz über digitale Dienste seien einerseits wichtig um sicherzustellen, dass illegale Inhalte entfernt werden. Andererseits würden sie eine Transparenz des Beschwerdemanagements gewährleisten. Prof. Dr. Hofmann sagte, dass digitale Plattformen die Durchsetzung von Menschenrechten sicherten. Um dies zu gewährleisten, solle ein unabhängiges Gremium entwickelt werden, das Beschwerderechte sichere und Opfer von Verleumdung oder Hassreden unterstütze.

Der russische Abgeordnete **Oleg Nilov** sprach über die unterschiedliche Wahrnehmung zu bestimmten Themen und/oder Personen. Er nannte Beispiele wie Alexej Nawalny, der in Europa als Freiheitskämpfer, in Russland aber als korrupter Verräter angesehen werde, aber auch die wiederkehrenden Wald- und Tundrabrände in Russland. In diesem Zusammenhang forderte er gemeinsame internationale Standards, um die Realität abzubilden und nicht mit zweierlei Maß zu messen. Er hoffe auf ein ehrlicheres und weniger voreingenommenes Miteinander, insbesondere wünsche er sich die Vermeidung von Russophobie und Russland-Bashing.

Erik Halkjaer, Vorstandsvorsitzender der schwedischen Sektion von „Reporter ohne Grenzen“, erklärte, dass die Demokratie in den meisten Ländern rund um die Ostsee weiterhin angegriffen werde. Selbst in der Europäischen Union würden Journalisten ermordet. Schikanen und Hassreden, sowohl von privater als auch von offizieller Seite, seien ein Hauptproblem. Er nannte den Begriff der „Infodemie“, der die derzeitige Situation ähnlich wie die COVID-19-Pandemie beschreibe. Ein „Wirbelsturm der Desinformation“ sei nicht nur auf Journalisten, sondern auf die gesamte Bevölkerung niedergegangen, so dass die Transparenz der Plattformalgorithmen, aber auch

die leichtere Verbreitung von verifizierten journalistischen Berichten anstelle von nicht verifizierten Quellen von entscheidender Bedeutung sei. Zu diesem Zweck habe Reporter ohne Grenzen ein Instrument für eine solche Überprüfung geschaffen, was wiederum von den traditionellen Medien verlange, ihre Methoden und Verfahren transparenter zu gestalten. Desinformation lasse sich am besten durch sichere Quellen und durch Investitionen in vertrauenswürdigen Journalismus bekämpfen. Er bedauerte, dass einige Länder in der Region Methoden anwenden würden, um Journalismus zu erschweren, wie etwa Russland, das von Reportern eine Registrierung verlange und Webseiten sperre. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch Belarus und dessen Desinformationskampagne gegen Litauen. Für den Journalismus sei es von entscheidender Bedeutung, Quellen aus mehr als einem Blickwinkel zu überprüfen.

Abschließend stimmte **Margareta Cederfelt**, Präsidentin der OSZE PV, mit mehreren ihrer Vorredner überein und unterstützte die Forderungen nach Transparenz und Sicherheit der Journalisten. In Bezug auf die Äußerungen von Abgeordneten Nilov entgegnete sie, dass beispielsweise die Waldbrände in Sibirien Teil der internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Brandkatastrophen in der ganzen Welt seien und dass die Situation auf der Krim internationalen Vereinbarungen unterliege, die von der Russischen Föderation einseitig missachtet worden seien.

VI. Generaldebatte: „Neubeginn nach der COVID-19-Pandemie“

Unter dem Vorsitz des lettischen Abgeordneten **Arvils Ašeradens** befasste sich die Generaldebatte mit einer Vielzahl von Themen, wie die Auswirkungen der Pandemie und die Reaktionen der Wirtschaft und Regierungen. Er erläuterte die gegenwärtige Situation in den baltischen Staaten, die durch den zweiten Lockdown schwere Auswirkungen auf die Wirtschaft hatten. Unterstützungsmaßnahmen hätten die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grad gemildert, ebenso wie Konjunkturpakete zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung eines grünen Ansatzes.

Arnoldas Prankevičius, stellvertretender Außenminister der Republik Litauen, verwies in seiner Grundsatzrede auf die gerade beendete litauische Präsidentschaft im Ostseerat. Er sehe vier Lehren aus der Pandemie: Die Klimakrise sei nicht überwunden, sondern habe sogar noch an Bedeutung gewonnen. Sie müsse von allen Nationen angegangen werden, damit bis 2050 tatsächlich ein klimaneutrales Europa erreicht werden könne. Die zweite Lektion sei die Digitalisierung, die gezeigt habe, dass die Welt enger als je zuvor miteinander vernetzt sei, Menschen aber gleichzeitig in streng getrennten Sphären lebten. Es müssten Brücken zwischen diesen Gemeinschaften geschlagen werden, ebenso wie bei den Themen Cybersicherheit und Datenschutz. Migration stelle die dritte Lektion dar, da die Kontrolle der Migrationsströme eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sei. Einen neuen Aspekt dieses Problems stelle die von Belarus instrumentalisierte Migration dar. Gemeinsame Maßnahmen und geeignete Wege für Asylbewerber seien von entscheidender Bedeutung. Schließlich hob er hervor, dass es in mehreren Gebieten rund um den Globus, einschließlich Europa, einen Rückzug der Demokratie gebe. Darum sei es umso wichtiger, über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame Werte zu sprechen.

Abgeordneter **Wille Valve**, Delegationsleiter der Ålandinseln, wies darauf hin, dass sich die BSPC zu einem Vorbild für parlamentarische Versammlungen entwickelt habe. Die Umwelt der Ostsee erfordere weiterhin Aufmerksamkeit, da die Eutrophierung regelmäßig zu toxischen Algenblüten führe. Bereits eingeführte Maßnahmen, wie Kläranlagen oder das Verbot der Abwasserentsorgung von Kreuzfahrtschiffen, hätten zu einer gewissen Entlastung geführt. Der Phosphoreintrag sei bis zu einem gewissen Grad eingedämmt worden, allerdings müsse noch mehr getan werden, um einen gesunden Zustand der Ostsee zu erreichen. Es seien verstärkte gemeinsame Anstrengungen erforderlich, denn das sei man den Kindern schuldig.

BSPC-Vizepräsident **Johannes Schraps** unterstrich den Beitrag seines Vorredners. Parlamentarischer Druck auf die Regierungen diese Themen aufzugreifen, könne bei diesen Bemühungen helfen. Er hob den Erfolg der BSPC als Ausdruck der Zusammenarbeit im Ostseeraum hervor. Dennoch blieben große Herausforderungen bestehen. Diese könnten nur durch parlamentarische Zusammenarbeit gelöst werden, nicht nur untereinander, sondern auch mit den nationalen Regierungen und der Zivilgesellschaft. Der Green New Deal der EU sei ein Beispiel für eine neue gemeinsame Anstrengung zur Lösung aktueller Probleme, wie zum Beispiel den Umweltschutz. Die alten Ansätze aus der Zeit vor der Pandemie sollten zu neuen und anderen Methoden weiterentwickelt werden, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

Jonas Færgeman, Vertreter des Ostsee-Jugendforums, stellte fest, dass junge Menschen das Klima als das bei weitem wichtigste Thema in der Region betrachteten. In den letzten sechs Jahrzehnten habe es jedoch Widerstand gegen die Maßnahmen zum Schutz des Klimas gegeben. Während der COVID-19-Krise seien aber sehr schnell Maßnahmen ergriffen worden. Er rief die Parlamentarier auf, bei anderen dringenden Fragen, insbesondere dem Klimawandel, ähnlich schnell und kompetent zu handeln.

VII. Dritter Sitzungsabschnitt: „Klimawandel und Artenvielfalt“

Der dritte Sitzungsabschnitt wurde von **Valentina Pivnenko**, Mitglied der russischen Duma und ehemalige BSPC-Präsidentin, geleitet. Sie betonte, dass das dominierende Thema der Konferenz und der gemeinsamen Arbeit der Erhalt der Natur und der Klimawandel seien. Dies sei wichtig für künftige Generationen. Sie hob hervor, dass die BSPC in ihrem 30-jährigen Bestehen Vieles erreicht habe, unter anderem die Etablierung der Baltic Marine Environment Protection Commission (Helsinki Commission, HELCOM) und ihres Übereinkommens zum Naturschutz in der Ostsee sowie die Umsetzung von nachhaltigem Fischfang.

Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und derzeitige HELCOM-Vorsitzende, **Svenja Schulze** erklärte in ihrer Videobotschaft, dass die Herausforderungen durch den Klimawandel insbesondere die Meere und ihre Bewohner stark betreffen. Hierauf wolle sie während der deutschen HELCOM-Präsidentschaft einen starken Fokus legen. Die Meere spielten eine entscheidende Rolle in der Absorbierung von Kohlendioxid, jedoch müssten sie hierzu einen hohen Preis zahlen. Marine Ökosysteme seien schwer vom Klimawandel betroffen, jedoch würden sie auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten, zum Beispiel würden Seegrasfelder Kohlenstoff für eine lange Zeit im Boden speichern. Im November werde das Bundesumweltministerium einen HELCOM-Workshop zum Thema „Blue carbon“ mit Politikern und Forschern durchführen, um ein allgemeines Verständnis hierfür zu schaffen, sein Potenzial in der Ostsee zu klären und die Rolle, welches es in der zukünftigen marinen Politik spielen solle. Dennoch dürfe man sich nicht darüber täuschen, dass Klimawandel nur durch eine Reduzierung von Kohlendioxid – global und in der Ostseeregion – gestoppt werden könne. Ein weiterer Fokus der deutschen HELCOM-Präsidentschaft sei die Verbesserung von maritimen Schutzgebieten. Um dies zu erreichen, müssten konkrete Maßnahmen ergriffen werden, wie beispielsweise ein Fischereiverbot in gewissen Zonen. Für die deutsche HELCOM-Präsidentschaft erhoffe sie sich von den Ostseeanrainerstaaten parteiübergreifende Zusammenarbeit und Unterstützung.

Cecilie Tenfjord-Toftby, schwedische Abgeordnete und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe „Klimawandel und Artenvielfalt“ gab einen Überblick zum Hintergrund und Ziel der Arbeitsgruppe sowie zu deren bisherigen Ergebnissen. Der Klimawandel sei ein fortdauernder Prozess, der Reaktionen und Maßnahmen zur Abmilderung bedürfe. Die maritimen Ökosysteme seien dabei besonders gefährdet. Sie stimmte Bundesministerin Svenja Schulze zu, dass länderübergreifende politische Unterstützung der Anrainerstaaten der Ostsee notwendig sei. Bisheriges Ergebnis der seit August 2020 bestehenden Arbeitsgruppe seien eine Reihe politischer Handlungsempfehlungen. Auf regionaler Ebene gebe es zwei Hauptfaktoren für erfolgreiche Umweltprojekte: Die Schaffung von Verständnis und Akzeptanz unter der lokalen Bevölkerung für die Maßnahmen, die getroffen werden müssten, sowie eine gute, langfristige Finanzierung der Projekte. Eutrophierung sei die größte Bedrohung für die Meere. Daher müsse organische Verschmutzungen verhindert und kohlenstoffreiche Ökosysteme etabliert werden. Sie warb für die Verlängerung des zweijährigen Mandats der Arbeitsgruppe bis 2023, da sich die Arbeitsgruppe aufgrund der COVID-19-Pandemie bislang nur virtuell treffen konnte. Es sei außerdem sehr wichtig, die Perspektive der jungen Generation einzubeziehen. Hierzu habe man das Ostsee-Jugendforum eingerichtet, das am 28. August 2021 getagt habe. Ergebnis seien verschiedene Empfehlungen gewesen, welche die Arbeitsgruppe in ihre Arbeit aufnehmen wolle. Sie drückte ihre Anerkennung für das Engagement und Wissen der Teilnehmer des Jugendforums aus und verwies auf den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe.

Anders Mankler, Staatssekretär im schwedischen Umweltministerium, erklärte, es sei sicher, dass der Klimawandel negative Auswirkungen auf die Ökosysteme der Meere habe, wie beispielsweise eine Erhöhung des Salzgehalts, gestiegener Nährstoffgehalt sowie Meeresverlandung, was wiederum Auswirkungen auf die Nahrungskette habe. Die Klimakrise sei nicht ohne gesunde Meere zu bewältigen, weil gesunde Meere Kohlendioxid und Hitze absorbieren. Es sei für Schweden daher prioritär, die Verflechtung zwischen den Meeren, Artenvielfalt und Klimawandel zu stärken. Es sei wichtig, die Widerstandsfähigkeit der maritimen Ökosysteme zu stärken. Bemühungen für ein gesundes Klima gingen Hand in Hand mit Bemühungen für gesunde Ozeane. Die Anrainerstaaten hätten eine geteilte Verantwortung für die Ostsee, daher sei eine gut funktionierende Kooperation von essentieller

Bedeutung. Auch sei eine auf das Ökosystem der Ostsee abgestimmter Herangehensweise hinsichtlich der Fischerei notwendig, da die Fischbestände einiger Arten alarmierend seien. Die Ziele der HELCOM hinsichtlich Eutrophierung müssten eingehalten werden. Der Nitrat- und Phosphorgehalt müsse gesenkt werden. Schweden freue sich, Gastgeber der Stockholm+50 Konferenz im Juni 2022 zu sein. Diese könne einen wichtigen Beitrag leisten, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, indem alle Interessensvertreter, auch der Wirtschaft und der Jugend, zusammengebracht würden.

Erwin SELLERING, ehemaliger Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns und Vorstandsvorsitzender der Stiftung für Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern, stellte die Arbeit der Stiftung vor. Dabei hob er hervor, dass es sehr wichtig sei, dass die großen staatlichen Anstrengungen zum Klimaschutz durch die Zivilgesellschaft begleitet würden und zwar durch eine von der Regierung weitestgehend unabhängige Einrichtung. Der Kampf gegen den Klimawandel könne nur gewonnen werden, wenn er im Bewusstsein der Bevölkerung als existenziell wichtig verankert wäre. Die private Stiftung für Klima- und Umweltschutz trage dazu bei, indem sie Initiativen von Bürgern und Bürgerinnen oder ehrenamtlich tätiger Vereine durch kleinere Finanzierungen unterstütze. Sie setze dort an, wo es noch keine staatliche Förderung gebe. Außerdem entwickle die Stiftung eigene Projekte auf dem Feld der Bürgerbeteiligungsprozesse, der Klima- und Umweltbildung in Schulen und Kitas sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Des Weiteren betonte er, dass er das Projekt der Munitionsbergung in der Ostsee für sehr wichtig halte, da es sich hierbei um nicht zu unterschätzende Zukunftsgefahren handele. Diese Aufgabe könne nur gelingen, wenn hierzu die Bereitschaft bei allen Anrainerstaaten bestehe. Es bedürfe weiterer erheblicher Fortschritte bei den technischen Lösungsansätzen, um die Aufgabe erfolgreich zu meistern.

Liviu PINTILIE aus Estland und **Kamila CIOK** aus Polen waren als Vertreter des Ostsee-Jugendforums eingeladen, das am 28. August 2021 tagte. Liviu Pintilie gab dabei einen Überblick über die Empfehlungen des Forums, welche an die BSPC-Arbeitsgruppe weitergereicht worden seien. Ziel sei es gewesen, eine Reihe von praxistauglichen Vorschlägen auszuarbeiten. Das Jugendforum stelle an die BSPC und die EU die Forderung nach einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft, indem synthetische Pestizide und Dünger abgeschafft würden. Deren Nutzung betreffe sowohl die Böden, das Meer, Vegetation, Flora und Fauna sowie die öffentliche Gesundheit mit möglichen Langzeitfolgen. Es müsse mehr nachhaltige Innovationen im Sektor der erneuerbaren Energien und der Reduzierung von nicht erneuerbaren Energien geben. Dies solle in Zusammenarbeit mit Denkfabriken und Experten geschehen. Sie forderten, dass die Regierungen Regulierungen zum Fischfang einführen müssten. Kamila Ciok betonte, dass neue und bereits bestehende multilaterale Zusammenarbeit gestärkt werden müsse und nannte in diesem Zusammenhang die HELCOM. Es müsse einen ökologischen Ansatz geben, um menschliche Tätigkeiten an Land und auf See zu managen. Nachhaltige und naturbelassene Lösungen in allen Sektoren der Wirtschaft in der Ostseeregion müssten gefördert werden. Dazu gehöre auch ein nachhaltiges Nahrungssystem, welches regionale Produkte enthalte. Man müsse aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und so eine nachhaltigere Zukunft schaffen. Die junge Generation wolle bei diesem Prozess einbezogen werden und scheue sich nicht, für ihre Ziele einzustehen.

Liz MATTSSON, Abgeordnete der Ålandinseln und stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Artenvielfalt“, betonte, dass die Ostsee für die Ålandinseln aufgrund ihrer geographischen Lage eine entscheidende Rolle spiele. 2018 sei für die Inseln der trockenste Sommer seit 1955 gewesen. Auch 2021 sei ungewöhnlich warm gewesen, was sich in den Wassertemperaturen des Meeres bemerkbar mache. So habe es in 2021 zwei maritime Hitzewellen in den Gewässern um Åland gegeben. Dies führe wiederum zu einem Anstieg von Algen und habe negative Auswirkungen auf Fischarten wie Lachs und Kabeljau. Dies sei problematisch, da die Inseln von der Fischindustrie abhängig seien. Åland biete eine perfekte Plattform zum Testen neuer Technologien, zum Beispiel zur Reduktion von Abgasen und einer intelligenten Wasserversorgung. Dies seien gute Beispiele, wie man die Zivilgesellschaft einbinden könne. Die Gemeinschaft rund um die Ostsee habe eine große Verantwortung für das Klima und die Artenvielfalt, daher müsse man Innovationen und Gesetzgebung forcieren, um langfristige Ergebnisse zu erzielen. Die letzte IPCC Report sei alarmierend, weshalb neue Wege der Kooperation und des Austausches gefunden werden müssten, auch von best practice-Projekten.

VIII. Feierstunde anlässlich des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz

Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, ehemalige BSPC-Präsidentin und Vorsitzende der BSPC-Arbeitsgruppe Migration und Integration, eröffnete die feierliche Sitzung zu Ehren des 30. Jubiläums der Ostseeparlamentarierkonferenz und verwies auf die lange Tradition der Konferenz. Die BSPC sei ein internationales politisches Treffen, welches nationale und regionale Parlamente verschiedener politischer Orientierungen zusammenbringe. Die Ernsthaftigkeit spiegele sich auch darin wider, dass noch nie ein Meeting der Konferenz abgesagt worden sei.

Jörgen Pettersson, Abgeordneter der Ålandinseln und ehemaliger BSPC-Präsident, fügte hinzu, dass die Arbeit der BSPC immer wichtiger werde, da man sich eingehend mit komplexen Themen beschäftige in Zusammenarbeit mit Experten und Arbeitsgruppen. Basierend auf intensiven Diskussionen mit Experten von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik würden Handlungsempfehlungen an die Regierungen weitergegeben. Die BSPC sei eine Denkfabrik der Ideen für eine bessere und sauberere Zukunft in der Ostseeregion. Er betonte, die BSPC stehe für Hoffnung, Frieden, Wissen und einen starken Glauben in die Demokratie in der Ostseeregion.

Professor Jānis Vucāns, Lettland und ehemaliger BSPC-Präsident, hob die zahlreichen Veränderungen hervor, welche die Ostseeregion seit Gründung der BSPC erfahren habe. Von einem ursprünglich politischen Forum für Parlamentarier der Region würde die BSPC heute die Aufmerksamkeit auf die Ostseeregion lenken mit dem Ziel, Möglichkeiten und Visionen für die Region zu schaffen. Dies würde viele Initiativen und Anstrengungen hervorbringen, welche zu einer nachhaltigen Entwicklung hinsichtlich Umwelt, Wirtschaft und Sozialem führten. Er merkte an, dass die Empfehlungen an die Regierungen so präzise wie möglich sein sollten, um deren Umsetzung zu fördern. Hier habe man in den letzten Jahren Fortschritte gemacht.

Valentina Pivnenko, Mitglied der russischen Duma und ehemalige BSPC-Präsidentin, dankte den Kollegen für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre. Diese habe trotz mancher Differenzen stets erfolgreich fortgesetzt werden können. Dennoch müsse sie feststellen, dass die Beziehungen abgekühlt seien. Es gebe keine Akzeptanz für den Umstand, dass die Krim nun wieder zu Russland gehöre. Als russische Parlamentarierin habe sie nicht vergessen, dass Chruschtschow vor 60 Jahren das Territorium der Krim an die Ukraine gegeben habe. Damals habe niemand dieses Dokument ratifiziert und es habe ein Referendum der russischen Bewohner der Krim für einen Wiederanschluss an Russland gegeben. Dieses sei damals abgewiesen worden. Da Demokratie ein wichtiges Thema der BSPC sei, müsse man sehen, dass diese den Willen der Bevölkerung widerspiegele. Es sei daher zu respektieren, dass sich das Parlament auf der Krim für einen Anschluss an Russland entschieden habe. Diese Entwicklung sei abgeschlossen und stehe nicht weiter zur Diskussion. Außerdem wolle sie daran erinnern, dass bei Gesprächen der BSPC vor 15 Jahren beschlossen worden sei, dass Belarus der BSPC, wenigstens als Beobachter, beitreten solle. Das Land habe stets abgelehnt. Sie sei jedoch sicher, dass man mit der Zeit einen Konsens in der BSPC finden werde. Die Zusammenarbeit sei essentiell, um Krisen wie die COVID-19-Pandemie gemeinsam zu überstehen.

Franz Thönnies, ehemaliger BSPC-Präsident und ehemaliger Vorsitzender der Delegation des Deutschen Bundestages, gratulierte herzlich zum 30-jährigen Jubiläum und betonte, wie wichtig es sei, dass die Arbeit der BSPC auch nach 30 Jahren fortgesetzt werde. Man solle weiterhin an den Prinzipien von Helsinki aus dem Jahre 1991 festhalten, nämlich Konflikte friedlich zu lösen, keine Gewalt anzuwenden und die Integrität der Staaten zu achten. Dies habe den Frieden in Europa erhalten. Bezüglich Belarus erklärte er, er müsse mit Bedauern feststellen, dass das Land nicht demokratisch sei und nannte unter anderem Wahlfälschung und gewaltsame Niederschlagungen ziviler Proteste im Land. Daher sei eine BSPC-Mitgliedschaft auch nach einer gewissen Bewährungszeit nicht angezeigt. Trotz aller Differenzen habe man Vieles erreicht. Die BSPC habe früher als andere Organisationen über den Klimawandel diskutiert. Der BSPC sei es mit zu verdanken, dass die Schifffahrt auf der Ostsee sicherer geworden sei. Das Ziel einer sauberen Ostsee sei früh formuliert worden. Abgase seien verringert worden. Es seien Vorschriften für das Ablassen von Abwässern aus Passagierschiffen erlassen worden. Die BSPC habe einen großen Anteil an der EU-Ostseestrategie gehabt. 2016 sei das Ostsee-Jugendforum ins Leben gerufen worden. Er habe auch Visionen für die weitere Arbeit der BSPC. Die Ziele sollten Frieden, Dialog, eine saubere Umwelt, die Zusammenarbeit mit der Jugend und den Nichtregierungsorganisationen sein. Er ermahnte die Parlamentarier, dass es wichtig sei, die Beschlüsse der BSPC auch in den Heimatparlamenten umzusetzen. Dies sei gelebter Parlamentarismus.

Carola Veit schloss die feierliche Sitzung mit dem Hinweis auf die Publikation „30 Jahre BSPC“.

IX. Abschluss der Jahrestagung

Im letzten Teil der Konferenz wurden die Berichte der BSPC-Berichterstatter vorgestellt. **Carola Veit**, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, legte ihren Bericht zum Thema Einwanderung und Integration vor. **Jochen Schulte**, Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, stellte den Bericht zur maritimen Politik vor.

Abgeordneter **Peter Stein**, Berichterstatter zum Thema versenkter Munition in der Ostsee, mahnte, dass die Zeit zur Bergung der versenkten Munition dränge und das Thema nicht nur für die Biotope in der Ostsee wichtig sei, sondern es auch um die Beräumung einer schrecklichen Vergangenheit gehe. Niemand in Europa wolle nochmal einen Krieg erleben. Es dürfe nie wieder ein so sorgloser Umgang mit der Ostsee betrieben werden. Der Umgang mit der Ostsee solle vorbildlich für die Welt werden. Man müsse sich strategisch verhalten und sich in der EU-Ostsee Strategie einbringen.

Die Konferenz beschloss eine Verlängerung des Mandats der Arbeitsgruppe Klimawandel und Artenvielfalt um ein weiteres Jahr bis 2023.

Anschließend verabschiedete das Plenum im Konsens die Entschließung. Diese war zuvor im Redaktionsausschuss erarbeitet worden. Insgesamt hatten 48 Änderungsanträge vorgelegen.

Gefordert wird mit der Entschließung, die nach der Jahrestagung traditionell an die Regierungen der Mitgliedstaaten übermittelt wird, unter anderem, dass die Ostseeregion eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft sowie der intensiven Zusammenarbeit bleibt. Die gewaltigen Aufgaben und Maßnahmen, insbesondere zur Eindämmung und Überwindung der COVID-19-Krise, erforderten mehr denn je die interparlamentarische Zusammenarbeit. Anstelle rein nationaler Ansätze seien zur Überwindung der Pandemiefolgen, zur Bewahrung der Umwelt für künftige Generationen sowie zur Entwicklung der Digitalisierung gemeinsame Lösungen und eine umfassende grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig.

Weitere Informationen zur 30. Jahrestagung und Präsentationen einzelner Redner sind auf der BSPC-Website abrufbar.

Am Ende der Konferenz wurde die Amtszeit des schwedischen Abgeordneten **Pyriy Niemi** als BSPC-Präsident um ein weiteres Jahr verlängert.

Im kommenden Jahr findet die 31. Jahrestagung der BSPC vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm statt.

Berlin, den 14. Oktober 2021

Johannes Schraps
Delegationsleiter

IX. Verabschiedete Entschließung

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die am 30. August 2021 online zusammengekommen sind,

- bekräftigen erneut – mitten im derzeitigen Prozess der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und der Bewältigung ihrer Auswirkungen – die dringende Notwendigkeit und die Erwartung, dass alle Ostseestaaten weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass der Ostseeraum eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit bleibt;
- unterstreichen, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, eine starke Zivilgesellschaft und stabile NGOs sowie Chancengleichheit für alle die Grundlage unserer Zusammenarbeit sind;
- nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel, um mit der Regierung von Belarus zu kommunizieren, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie in Belarus als einem wichtigen Teil des Ostseeraums und Europas nachhaltig zu gewährleisten;
- weisen darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen – den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft – das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- unterstreichen, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen sind;
- begrüßen das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz, das am 28. August 2021 stattfand, berücksichtigen die Schlussfolgerungen des Forums bei der anstehenden Arbeit und fördern weiterhin die Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit der BSPC;
- begrüßen die erneuerte strategische Vision – die Vilnius-II-Erklärung „Eine Vision für den Ostseeraum bis 2030“ – und den darauffolgenden Aktionsplan des Ostseerates, der beim Ministertreffen des Ostseerats am 1. Juni 2021 verabschiedet wurde, sowie die erneuerte „EU-Strategie für den Aktionsplan für den Ostseeraum“ und die „Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU“ mit Stand vom 3. Dezember 2020;
- stellen fest, dass das ökologische System der Ostsee sowie die allgemeine Umwelt an Land und im Meer nicht mehr länger als separate Punkte im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie der Wirtschaft betrachtet werden sollten. Dies ist notwendig, da die Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Ostseeraum vollständig davon abhängen werden, ob es uns gelingen wird, das Ökosystem der Ostsee zu erhalten und zu verbessern.

rufen die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die EU auf, im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum den Neubeginn nach der Pandemie und das aktuelle Jahrzehnt zu nutzen, um

1. entschlossen Vertrauen unter ihren Nationen und bei allen Kooperationen aufzubauen, auszuweiten und zu vertiefen;
2. Wohlstand, Sicherheit und regionale Identität für alle Menschen im Ostseeraum zu stärken;
3. sich bei ihrem Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen auf Nachhaltigkeit zu konzentrieren und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand ihrer Umwelt zu erzielen;
4. eine bessere Inklusion, Wohlstand, öffentliche Gesundheit und sozialen Zusammenhalt anzustreben, jedoch auch die bestehende Kluft zwischen den Ländern des Ostseeraums durch gemeinsame Anstrengungen zu verringern;
5. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen;

6. die Elemente einer gemeinsamen regionalen Identität und die gemeinsamen Werte durch Kultur, Forschung, Bildung und Wissenschaft zu fördern;
7. entschlossen den dynamischen und verstärkten Austausch zwischen den Menschen zu betreiben und persönliche Kontakte und den persönlichen Austausch von Ideen, Erfahrungen und Ansichten auf der Grundlage aktiver Zivilgesellschaften zu erleichtern;
8. Kontinuität bei der Teilhabe junger Menschen anzustreben, einen zielführenden Austausch von Meinungen und Ideen mit und unter jungen Menschen auf der Grundlage des Dialogs und der tatsächlichen Einflussnahme zu ermöglichen und junge Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen;
9. die Möglichkeiten der Digitalisierung, die allen Menschen zugänglich sein sollte, für die Kommunikation zu nutzen und grundlegend zu verbessern sowie die digitale Kluft in der Region zu schließen;
10. benachteiligte Menschen zu schützen und diejenigen auf bestmögliche Weise zu integrieren, die legitimen Schutz vor Verfolgung in der Region suchen;
11. Wohlstand und ökologisch stabile und solide Umweltbedingungen für zukünftige Generationen als ein Grundrecht in den Entscheidungsprozessen von heute zu erachten;
12. die regionale Zusammenarbeit für den zivilen Schutz zu fördern, darunter die Verhütung von und die Vorbereitung und die Reaktion auf Naturkatastrophen und Industrieunfälle und den Schutz der Bevölkerung der Ostsee-Anrainerstaaten vor Natur- und vor vom Menschen verursachten Katastrophen, die weiterhin wichtige Themen für die BSPC sind;
13. fortzufahren, gefährdete Kinder zu schützen, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und Migrationsströme zu bewältigen als Bereiche der intensiven Kooperation zwischen den Ostseestaaten;
14. nachhaltigen Tourismus zu fördern, unter anderem durch die Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs, um ein klimafreundlicheres Reisen zu ermöglichen und Reisehindernisse in der Region zu verringern, beispielsweise durch die Lockerung der bestehenden Visabeschränkungen;
15. Optionen für die Entwicklung des medizinischen Tourismus zu identifizieren – um den Menschen in der Region zu helfen, eine medizinische Behandlung im gesamten Ostseeraum zu erhalten, nicht zuletzt im Kontext der COVID-19-Pandemie;
16. eine gemeinsame Lösung für die gegenseitige Anerkennung anerkannter Impf- und Testbescheinigungen zu finden, die von unseren Ländern validiert und anerkannt sind, um zur Verhütung einer neuen Coronavirus (COVID-19)-Infektion beizutragen, z.B. weil Grenzregionen aufgrund des grenzüberschreitenden Verkehrs besonders betroffen sind;
17. gegebenenfalls eine Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten zu erwägen;
18. die Beziehungen zwischen der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene der Ostseezusammenarbeit zu stärken, und zwar durch Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat (CBSS), der Subregionalen Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten (BSSS), der CPMR-Ostseekommission und der Union der Ostseestädte (UBC) sowie die Aufforderung an eine größere Anzahl von Gebieten und Städten, sich an ihr zu beteiligen;
19. die finanzielle Grundlage einer praktischen Zusammenarbeit in der Region zu stärken durch die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Project Support Facility des Ostseerates, unter anderem durch die Nutzung öffentlich-privater Partnerschaftsmechanismen;
20. zusammenzuarbeiten, um den Ostseeraum als eine bedeutende, wettbewerbsfähige Wissensregion mit einer exzellenten Hochschul- und Forschungsinfrastruktur zu stärken;
21. die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich im Ostseeraum zu fördern, um besser mit Situationen wie die derzeitigen COVID-19-Pandemie umzugehen sowie Erfahrungen und beispielhafte Vorgehensweisen in diesem Bereich auszutauschen;
22. eine bessere Anpassung der Mittel und Verordnungen zwischen den Hauptfonds der EU sowie den regionalen und nationalen Fonds für grenzüberschreitende und transnationale Kooperationsprojekte, die makroregionale Herausforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur angehen, zu ermöglichen;
23. die Synchronisierung des Vorsitzes über die Gruppe der persönlichen Vertreter der Regierungschefs der Ostseestaaten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit dem Vorsitz über den Ostseerat zu unterstützen, mit der am 1. Juli 2021 begonnen wurde, wobei Norwegen den Vorsitz innehatte;

24. den Projektentwicklungsprozess und das Konzept mit dem Titel „Baltic Sea Cultural Cities and Regions (BSCCR)“ unter dem Motto „Water connects us, but culture unites us“ („Wasser verbindet uns, aber die Kultur eint uns“) mit dem Ostseerat als führendem Partner zu unterstützen, das darauf abzielt, Städte und Regionen, Menschen, kulturelle Organisationen und Fachkräfte zu verbinden, indem es die Sichtbarkeit der kulturellen Vielfalt im Ostseeraum erhöht.
25. im Hinblick auf die Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft
26. Digitalisierung, Bekämpfung von Falschinformationen, Fehlinformationen und „Fake News“ sowie der Schutz der freien Medien und der Redefreiheit
27. ein kontinuierliches Engagement und eine ständige Verpflichtung sowie umfassende Anstrengungen und eine umfassende Unterstützung zur Stärkung des Vertrauens in die demokratischen Strukturen und Werte durchzusetzen, um Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit sowie starke NGOs als Grundpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern;
28. die Förderung der Medienkompetenz bei jungen Menschen auszuweiten, um sie in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und Informationen zu bewerten;
29. das Potenzial der sozialen Medien zu nutzen, um junge Menschen zu motivieren, sich an politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen;
30. rechtliche Verordnungen und nationale Strategien zu verabschieden – auch in Bereichen wie Justiz, Verteidigung, Schule, Forschung, öffentliche Bildung, Bibliothekswesen, kulturelle Institutionen, Medien, Zivilgesellschaft, NGOs und Unternehmen – um die demokratische Resilienz gegen digitale Gewalt und Straftaten über das Internet zu stärken und Online-Hassrede zu verhindern und zu bekämpfen;
31. über einen internationalen Ethikkodex für den digitalen Wandel zu diskutieren, ihn zu entwickeln und zu verabschieden;
32. weitere praktische Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, um die pluralistischen, unabhängigen Medien im Ostseeraum zu stärken und ihre Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter zu gewährleisten;
33. die Förderung und Umsetzung von internationalen Normen, demokratischen Werte und Menschenrechtsgrundsätzen im globalen Informations- und Kommunikationsraum zu unterstützen;
34. Maßnahmen gegen den aggressiven Missbrauch der sozialen Medien als eine Form von digitaler Gewalt zu unternehmen und einen Ansatz, der die Opfer in den Mittelpunkt stellt, ins Zentrum der Maßnahmen zu stellen und dabei die sozialen Medien als ein wichtiges Instrument für das demokratische Handeln anzuerkennen;
35. Maßnahmen für die Umsetzung von Ziel 16 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen unter den Aspekten des Zugangs zu kostenlosen Informationen und der Meinungsfreiheit einzuleiten;
36. nationale, europäische und globale Maßnahmen zur Förderung der Informations- und Medienkompetenz zu unterstützen, darunter die Umsetzung von VN-Resolution 75/267 über die Globale Woche für Medien- und Informationskompetenz, die von der VN-Generalversammlung am 25. März 2021 verabschiedet wurde.

im Hinblick auf den Schutz der Ostsee und unserer Umwelt für künftige Generationen sowie des Stopps des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt

37. ein deutliches und entschlossenes Signal zu senden durch die Verabschiedung einer ehrgeizigen Fortschreibung des Ostsee-Aktionsplans durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem gegenwärtigen deutschen Vorsitz sowie mithilfe einer regelmäßigen Kontrolle ihrer Umsetzung sicherzustellen, dass seine Ziele in allen Ländern des Ostseeraums schneller und konsequenter als zuvor umgesetzt werden, um bis zum Ende dieses Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee und ihrer Umwelt zu erzielen;
38. mit verstärkten gemeinsamen strukturierten Bemühungen zur Reduzierung aller absichtlichen und unabsichtlichen Nährstoffeinträge in die See den Schwerpunkt auf die ökologische Nachhaltigkeit der Ostsee zu legen;
39. im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, dem Pariser Abkommen und dem Ostsee-Aktionsplan 2030 bedeutende Schritte für die Verringerung der Emissionen zu unternehmen und die Resilienz wichtiger Wirtschaftssektoren, z.B. Industrie, Verkehr und Bau, gegen Klimaänderungen sowie die Verstärkung von natürlichen Kohlenstoffspeichern, z.B. Wäldern, zu erreichen;

40. anzuerkennen, dass globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern, die biologische Vielfalt zu erhalten und zu schützen sowie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz (SDG13), Ozeanen (SDG14) und biologischer Vielfalt (SDG15) zu unterstützen;
41. sowohl regionale als auch lokale Projekte zu fördern und finanziell zu unterstützen, die auf der Grundlage der Forschung darauf abzielen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee und in ihren Einzugsgebieten zu verbessern und zu erhalten;
42. die Gemeinschaften vor Ort in der gegenwärtigen Lage weiterhin zu beteiligen und zu informieren, um von allen Teilen der Gesellschaft, einschließlich Unternehmen und Zivilgesellschaft, Unterstützung und Engagement für den langfristigen Versuch, einen guten Umweltstatus in den Küstengebieten und über sie hinaus zurückzugewinnen, zu erhalten;
43. eine weitere Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee anzustreben und die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die die Eutrophierung der Ostsee verringern werden;
44. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Schiffsemissionen in die Ostsee zu verringern;
45. auch in Zukunft Investitionen in grüne Wasserstofftechnologien zu unterstützen, um die Kohlendioxidemissionen zu verringern;
46. zusammenzuarbeiten und Informationen im Hinblick auf die Risikobewertung und notwendige Küstenschutzmaßnahmen aufgrund steigender Meeresspiegel auszutauschen;
47. im Hinblick auf die Auswirkungen von Kunststoffen auf Umwelt, Klimawandel und biologische Vielfalt
 - a. zu bedenken, dass es aufgrund des grenzübergreifenden Charakters der Meeresabfälle und der besonderen Anfälligkeit des darumliegenden Ostseegebietes von gegenseitigem Interesse ist, die Eintragung von Kunststoffen in die Umwelt zu vermeiden und zu diesem Zweck unnötige Kunststoffverpackungen von Anfang an zu verringern und Kunststoffabfälle nachhaltig zu entsorgen;
 - b. sich daher zu verpflichten, die Inkraftsetzung des Regionalen Aktionsplans der HELCOM gegen Meeresabfälle sowie der in ihm vorgesehenen Maßnahmen als Teil des fortgeschriebenen Ostsee-Aktionsplans auf regionaler Ebene zu unterstützen und
 - c. den Beginn von Verhandlungen über ein neues ehrgeiziges globales Abkommen bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen UNEA 5.2 zu unterstützen, um den nächsten entscheidenden Schritt auf internationaler Ebene zu unternehmen;
48. im Hinblick auf die Folgen eines gestiegenen Schifffahrts- und Kreuzfahrttourismus für den Klimawandel und den Rückgang der biologischen Vielfalt in der Ostsee
 - a. anzuerkennen, dass die Ostsee das Binnenmeer mit dem größten Seeverkehrsaufkommen und ein Binnenmeer mit einem geringen Wasseraustausch ist;
 - b. anzuerkennen, dass ein globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Emissionen eines gestiegenen Kreuzfahrttourismus und sonstigen Schiffsverkehrs auf der Ostsee abzuschwächen;
 - c. den Übergang von Schiffen, insbesondere Kreuzfahrtschiffen, von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige, erneuerbare Brennstoffe zu fördern und zu beschleunigen, damit der Schiffsverkehr klimaneutral und umweltfreundlicher wird;
 - d. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Emissionen von Ruß durch Schiffe zu reduzieren; dies beinhaltet Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf Technologien und Infrastruktur aus dem Stromversorgungsnetz der Häfen;
 - e. die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die das Einleiten von Abfällen aus Schiffen in die Ostsee weiter reduzieren werden;
 - f. die Verhütung der Einführung schädlicher Wasserorganismen und Krankheitserreger im Ballastwasser zu unterstützen durch die Förderung einer weiteren Entwicklung von Technologien und Innovationen und eine strikte Anwendung der Ballastwasserkonvention sowie einen aktiven Beitrag zur Phase des Erfahrungsaufbaus;
 - g. zu versuchen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee zu verbessern und zu erhalten;

- h. im Hinblick auf Munitionsaltlasten
- i. gemäß den Entschlüssen der 28. und der 29. BSPC die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken;
- j. die unterschiedlichen nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten in einer Expertengruppe – falls möglich bei der HELCOM – zusammenzubringen und auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Kampfmitteln in der Ostsee zu erarbeiten;
- k. zur Konkretisierung des in der 28. Entschlüsselung der BSPC erwähnten Finanzinstruments einen internationalen Geberfond anzustreben und zu prüfen, ob die HELCOM einen derartigen Fond verwalten könnte;
- l. den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;
- m. alle erforderlichen Maßnahmen zu unternehmen, die darauf abzielen, die Beseitigung und Entschärfung von Kampfmitteln und anderen gefährlichen Produkten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschließen;
- n. die Möglichkeit zu prüfen, diese Aufgabe als eine langfristige ökologische Priorität ausdrücklich in den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM aufzunehmen.

Ferner beschließt die Konferenz,

- 49. das freundliche Angebot des schwedischen Parlaments, die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm auszurichten, zu begrüßen.

